

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, 26. März 1893.

Abnahme von Inseraten Stollmarkt 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: P. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Valentin & Co., Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Ullrich,
Halle a. S. J. B. Beck & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Meier, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Verichten, aus den Lokalen und provinziellen Begebenheiten darbringen, die Schnelligkeit unserer telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns verlagern können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Familien-Geschehen sorgen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Drucklohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Handelsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das aller schnellste übermitteln.

Die Redaktion.

Die stille Woche.

In unseren Tagen ist man in erster Linie den Aufgaben und Zielen des praktischen Lebens zugewandt. Die Hebung der äusseren Volkswohl-fahrt steht bei allen Parteien im Vordergrund des Interesses. Mit Aufopferung der stillen Verpfändung man nach Auffindung der stillen Verpfändung Mittel und Wege. Der Widerstreit der Meinungen in Bezug auf sie erregt und erbittert gewaltig die Geister. Die Wahrnehmung der immer gefährlicher anwachsenden Unzufriedenheit erfüllt die meisten Kreise mit Unruhe und Sorge. Den schweren Kampf um die befriedigende Gestaltung der sozialen Verhältnisse, der unser ganzes Volk bewegt, hat aber auch der Einzelne zu führen in seinem engeren Bereich. Wie viel Sorgen und Sorgen kostet ihm diese Aufgabe, kostet der Kampf um das eigene Da-sein!

Da fehlt unserem Volke nun zu oft die Sammlung zur Einheit und Berührung in die geistlichen Wahrheiten. In der stillen Woche verliert sich die geistliche Ordnung, zum Teil wenigstens, lärmende Vergnügungen, aber die ängere Ruhe bewirkt noch nicht das Verständnis der großen Thatsachen, welche die stille Woche mit Palmsonntag, Gründonnerstag und Charfreitag uns vor unsern Augen stellt.

Und doch könnte uns gerade in der Mähle des eben jetzt sich immer schwerer gestaltenden Lebens die erste Begegnung des Dulders von Gethsemane und Golgatha von hohem Werte sein. Mühs und Freuden, Geduld und Ausdauer, wie er sie in seinen Leiden bewährte, ent-stammen bei ihm dem Gebot, mit welchem er den Willen seines Vaters im Himmel erfüllte. Die Unzufriedenheit und Erbitterung, welche gegenwärtig unser Volk erregt, würde mehr und mehr in stille Gelassenheit und in friedfertige Arbeit sich wandeln, wenn man sich davon über-zeugen ließe, daß das Leben der Gesamtheit und des Einzelnen nimmermehr ohne die Zulassung des Weltentenders sich aufbauen kann, und daß die gemeinsame Noth aus einer gemeinsamen Hilfe erwachsen ist, von der Niemand, Niemand sich ausschließen ein Recht hat. Von dem Haupt voll Mühs und Mühen hat der Menschheit die rechte, heilige Liebe erbaumend entgegengeleitet. Ihr Strahl will in allen Herzen verweilen und zündende Liebe entzünden. Unter dem Druck dieser Tage müßten unsere Zeitgenossen reicher werden an der Liebe, welche sich nicht erbittern läßt und nicht nach Schaden trachtet. Und je häufiger uns Armuth und fittliches Elend um Hilfe anruft, um so erbarmungs-reicher und opferwilliger und ausdauernder sollte unsere Liebe werden. Die äusseren und inneren Schäden der Zeit, auf ihren letzten Grund ge-worfen, legen dem Volk und dem Einzelnen die Pflicht der Selbsterprüfung nahe. In den Tagen dieser Kriese erwachte nicht selten in den Völkern der Erkenntnis eigener Schuld und der Ernst der Reue, manchmal freilich so spät, daß schwere Untersuchungen doch nicht mehr aufgehalten werden konnten. Möchte unserm geliebten deutschen Volk die Einsicht in seine tiefgehenden sittlichen Schäden nicht zu spät erst kommen und die stille Woche dieses Jahres dazu Frucht bringen, daß viele, die innerlich über äußerlich schwer belastet fühlen. Dem sich zuwenden, von

dem der Prophet sagt, daß er unsere Krankheit trug, und daß wir durch seine Wunden geheilt werden!

Deutschland.

△ Berlin, 25. März. Auf besondere Anordnung der italienischen Regierung wird dem kaiserlichen Hoftrakt auf den dortigen Bahnen von Chiasio aus ein besonderer Gleisstrich vor-angelegt; dieselbe Vorrichtungsmassregel wird bei der Rückreise, welche wahrscheinlich wieder durch die Schweiz führen dürfte, zur Anwendung gebracht werden. Alle Vorkinder, welche der Zug zu passieren hat, sollen einer besonderen Aufsicht unterzogen und vorher noch durch Sachverständige untersucht werden. Bekanntlich waren bei dem letzten Besuche des Kaisers in Rom von italienischer Seite ähnliche Sicherheitsmassregeln getroffen worden. Damals war die Eisenbahn sogar freidenweise (in der Romagna) durch Militärposten besetzt worden.

Der hiesige amerikanische Gesandte William Walter Phelps ist vom Urlaub nach Berlin zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Gesandtschaft wieder übernommen.

Se. Majestät der Kaiser besuchte gestern Vormittag gelegentlich einer Spazierfahrt auch das Atelier des Bildhauers Schott und kehrte hierauf erst nach dem königlichen Schlosse zurück. Am Nachmittag unternahm der Kaiser in Begleitung der Jägeradjutanten vom Dienst einen Spazierritt durch den Thiergarten nach dem Grunewald. Am Abend fahen die kaiserlichen Majestäten Ihre königlichen Hoheiten der Erbprinzessin und die Erbprinzessin von Baden nach Göttingen, den Kommandanten des kaiserlichen Hauptquartiers, General a. la suite von Pleß und den Oberst von Dresth u. a. als Gäste an der kaiserlichen Tafel. Am heutigen Vormittag hatten der Kaiser und die Kaiserin zunächst eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten unternommen. Von dieser zurückgekehrt, nahm Se. Majestät um 10^{1/2} Uhr den Vortrag des Generalstabes Graf v. Schlieffen II. und daran anschließend den des Chefs des Militär-Kabinetts General der Infanterie v. Dahnke entgegen.

Der Bundesrath ertheilte in der am 23. d. Mts. unter dem Vorsitz des Vize-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Böttcher, abgehaltenen Plenarsitzung dem Gesetzentwurf betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, dem Entwurf eines Nachtrags zu der Vereinbarung erkrankender Vorstände mit Österreich-Ungarn für den wechselseitigen Eisenbahnverkehr längs der beiderseitigen Eisenbahnstrecken zur Beförderung von Eisenbahnwagen, dem Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des § 69 des Straf-Gesetzbuchs und dem Entwurf eines Gesetzes für Straf-Verordnungen wegen Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über die Depositen-Verwaltung vom 24. März 1886, letzteren Entwurf mit den vom Landesauschuss beschlossenen Abänderungen, die Zustimmung. Die Vorlage, betreffend den Handels- und Schiffsverkehr zwischen dem Reich und der orientalischen Republik Uruguay und der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des § 41 der Konten-Ordnung wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen. Endlich wurde über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuer-Angelegenheiten Beschluß gefaßt.

Am verflorenen Sonntag, den 19. d. Mts., empfing, wie bereits bekannt geworden ist, Fürst Bismarck den Abgeordneten Schöof, nebst zwei andern Herren. Den „Hamb. Nachr.“ wird darüber berichtet:

Das Gespräch kam zunächst auf den Bund der Landwirthe und Herr Schöof konnte dem Fürsten Bismarck die bestimmteste Versicherung geben, daß der Bund sich von den politischen Parteien unabhängig halten werde. Der Fürst billigte dies auf das lebhafteste, betonte die Nothwendigkeit, wirtschaftliche Parteien zu bilden und erklärte die Frage für die wichtigste von allen. Erst wenn der Mensch satt sei, könne er sich mit der eigentlichen Parteipolitik befassen. Die heutigen Parteien, die der Fürst geneigt war, gewissermaßen juristische Parteien zu nennen, gruppirten sich mehr um einzelne Persönlichkeiten, als um wirkliche Gegenstände. Vielfach hänge die Parteithemen im politischen Leben geradezu davon ab, neben wem jemand an der Schänke gefessen habe. Mit seinem Schlußsatz ging dann wohl nachher der eine zu Benning und den Nationalliberalen, der andere zu Mantel und den Konservativen. Der Fürst meinte, bei aller energischen Parteithemen in der Politik müßten doch häufig die Anhänger der einzelnen Parteien die eigentlich trennenden Punkte nicht aus-sprechen. Ihm käme das so vor wie bei Leuten, die jeden Sonntag in die Kirche gingen, und wenn man sie nachher fragte, was ist denn eigentlich der Unterschied zwischen den Orthodoxen, der Mittelpartei u. s. w., so wüßten sie es meistens nicht bestimmt zu sagen, aber darum würde tapfer weiter gehen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs kam die Rede auf die neuerdings so stark auftretende allgemeine Unzu-friedenheit, die sich im 19. hannoverschen Wahl-kreise, wie Herr Bismarck ausführte, vielfach in weltliche Gewand kleide, ohne daß die Leute wirklich überzeugte Wesen wären. Das ließe sich besonders in Göttingen beobachten. Der Fürst äußerte, es würde zu bürokratisch regiert, und bezog dies auf die neue Landgemeinderordnung. Wir hätten zu viel Schreiber und Umstände, womit die Leute nicht zurecht kommen könnten, und das solle dann Selbstverwaltung sein. Er lese zum Beispiel wie die Verordnungen der Landräthe und müßte sie oft zweimal lesen, um ihren Sinn zu verstehen, was solle das erst ein Bauernvolk mit solchen Verordnungen anfangen. Ähnlich fände es auch mit der Aus-arbeitung der Gesetzentwürfe, wobei es vor-komme, daß ein Geheimerath dieselbe Materie im Ministerium zu behandeln habe, die schon das Thema seiner Vorträge gewesen wäre, ohne daß er sie jemals im praktischen Leben kennen gelernt hätte. Das Gespräch berührte noch die ver-schiedenen Themat und endigte damit, daß der Fürst sich vor seinen Gästen entschuldigte, er habe das Mandat des 19. hannoverschen Wahlkreises (aus dem die drei Herren zu Hause sind), lieber jetzt nicht ausüben können. Er würde wohl Lust haben, in den Reichstag zu kommen, wenn er es so machen könne, wie der alte Moltke, der

ruhig dagesessen und zugehört habe. Aber man würde ihn ja nicht zufrieden lassen. Die einen würden ihn angreifen, ihn beschimpfen, was ihm immerhin am wichtigsten berühren würde, die an-deren wieder würden ängstlich von ihm fortrennen, aus Furcht, sich zu kompromittiren. Zudem fehle ihm der Apparat, der ihm früher zur Ver-fügung gestanden habe, und es sei für ihn bei ver-gangenen Jahren doch schwierig, alles selbst zu lesen und alle Vorarbeiten für die Reden allein zu besorgen.

In der Presse tritt mehrfach die Be-hauptung auf, daß eine etwaige Auflösung des Reichstages schon aus dem Grunde für die Steuerreform in Preußen verhängnisvoll werden müsse, weil im Herbst Neuwahlen für das Abge-ordnetenhaus stattfinden sollen. Diese Auffassung beruht nach zwei Richtungen auf sehr ansehn-lichen thatsächlichen Voraussetzungen. Zunächst ist es keineswegs sicher, daß nicht vor der parla-mentarischen Pause, welche eine Reichstagsauf-lösung bedingen würde, die drei betreffenden Vor-lagen im Abgeordnetenhaus in der Hauptsache durchgearbeitet sind. Wenn, wie bisher angenom-men wird, die zweite Lesung der Militärvorlage nicht vor Anfang Mai beginnt, können eventuell die Neuwahlen frühestens am Mitte Juni statt-finden. 1887 hat man sich mit einer Unter-brechung der Sitzungen von zwei bis dreiwöchiger Dauer begnügt. Einer längeren Unterbrechung aber wird es jetzt auch nicht bedürfen. Bis zu dem am 21. Mai stattfindenden Pfingstfest werden daher die Verhandlungen des Abgeordneten-hauses ungestört fortandern können. Es ist zwar nicht gesichert, wohl aber bei dem weitgehenden Einverständnis in der Kommission sehr wohl mög-lich, daß bis Pfingsten die Beratung aller drei Gesetze im Abgeordnetenhaus zu Ende geführt ist. Arbeiten damit die Herrenhauskommissionen ohne Verzug weiter, so steht selbst eine erhebliche Ver-zögerung des Abschlußes der Steuerreform nicht zu befürchten. Geringfügig aber trifft die Auf-nahme zu, daß es zu einer Herbsttagung nicht kommen könne, weil schon im Herbst das Abge-ordnetenmandat ablaufe. In Preußen zählt näm-lich, abweichend vom Reich, wie bei mehreren Präzedenzfällen festgestellt ist, die Wahlperiode nicht vom Tage der Wahl, sondern vom Tage der ersten Berufung des Landtages. Darnach würde der jetzige Landtag bis gegen Neujahr 1894 tagen können. Wenn daher in Folge der Reichstags-auflösung die Nothwendigkeit einer Herbstsitzung des Landtages sich herausstellen sollte, so würde die Möglichkeit einer solchen durchaus vorhanden sein. Was die Zeit anlangt, so würde mithin der Abschluß der Steuerreform in Preußen durch eine etwaige Reichstagsauflösung keineswegs ge-hindert werden.

Die Vorbereitung einer Reform der Or-ganisation der preussischen Staatsverwaltung ist be-fähigt einer besonderen Kommission, be-siehend aus juristischen und technischen Beamten der Zentral- und Provinzialverwaltung, von dem Minister der öffentlichen Arbeiten übertragen wor-den. Diese Kommission ist ihrer Aufgabe inso-fertig gerecht geworden, als sie positive Vorschläge für eine Reorganisation der Staatsverwaltung vorgelegt hat. Bei diesen Vorschlägen war aber der finanzielle Effekt der geplanten Änderungen noch nicht berücksichtigt. Es ist daher zunächst Auftrag erteilt worden, auf der Grundlage der Organisations-Vorschläge einen vollständigen Etat aufzustellen, um so die finanzielle Tragweite der vorgeschlagenen Organisations-Änderungen über-sicht zu kommen. Erst wenn diese Ergänzung ihrer Vorschläge seitens der Kommission berück-sichtigt wird, wird von den verantwortlichen Zentral-stellen zu denselben Stellung genommen werden können.

Obgleich es jenseits der Vogesen für aus-gemachte Thatsache gilt und noch unlängst von der Kammerberichterstattung für das Militärbudget mit Nachdruck betont worden ist, daß Frankreich in Bezug auf Erhöhung der Rades den Wegen der deutschen Militärvorlage nicht mehr folgen könne, so schließt dieses Geständnis doch eine weitere numerische Verstärkung des französischen Heeres keineswegs unbedingt aus. Frankreich stellt zwar auf Grund der seiner Zeit von der Volksvertretung, welche im Punkte der Opfer-willigkeit für das Vaterland das deutsche Parla-ment weit hinter sich läßt, bewilligten Heeres-erhöhung, schon jetzt jeden waffenfähigen Mann aus wirklich ein, erwägt man jedoch, daß Algerien und der sonstige Kolonialbesitz der Republik nicht unerhebliche Anforderungen in Bezug auf Be-legung mit Garnisonen stellen, so leuchtet ein, daß der im Ernstfälle aus europäischen Kriegs-schauplätzen verfügbare Effectivbestand des fran-zösischen Heeres um denjenigen Betrag geschwächt werden muß, welchen die Kolonien absorbiren. Gelänge es daher, die Kolonien hinsichtlich ihrer militärischen Bedürfnisse, wenn auch nicht ganz, so doch vorwiegend auf eigene Füße zu stellen, so könnten die jetzt vorstellend diskutirten Truppen-erhöhungen in der Hauptsache nach dem Mutterlande zurückbeordert werden und dort in das Kriegs-aufmarschtableau einrücken, an dessen Verwirkli-chung mannschaft mit allen Kräften gearbeitet wird. Es scheint, als ob den maßgebenden Stellen in Paris das Beispiel der englischen Sepoytruppen vorwuchere, welche bekanntlich das Gros der indischen Armee bilden und von den britischen Re-gimenten nur die höheren Offiziere und dadurch den nöthigen moralischen Halt wie militärischen Geist bekommen. Wenn es den Franzosen ge-länge, in Algerien und Tonkin — um nur die wichtigsten Kolonialreiche der Republik zu nennen — derartige Eingeborenen-Heere nach dem Vor-bilde der indischen Sepoyformationen heranzu-bilden, so könnten sie den Bestand an europäischen Truppen auf ein verhältnismäßiges Minimum be-schränken und den Ueberschuß wieder dem Mobil-machungsstabeln daheim zu Gute kommen lassen.

Die Anregung zu dieser weitestgehenden Re-uerung wurde schon unmittelbar nach dem ersten Bekanntwerden der Grundzüge des Inhalts der neuen deutschen Militärvorlage gegeben, als man in Frankreich, an die deutsche Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe den Maßstab der eigenen legen, bereits nahe daran war, aus Furcht vor der deutschen Reichsüberfülle die Revanche-Idee energig ad zu acta zu verweisen. Seitdem ist zwar die Stimmung aus der Reorganisation in ihr gerades Gegenteil umgeschlagen, unsere westlichen Nachbarn sprechen mit ne-gativen Hohn von der Unfähigkeit des deutschen Reichs, sich in die bevorstehende Weltstellung zu schiden, welche ihm Kaiser Wilhelm I. und seine Paladine gegeben — aber die vorerwähnte

Anregung, den militärischen status quo fran-zeisch durch Heranziehung möglichst vieler in den Kolonien stationirter Truppenteile zu erhöhen, und den dortigen Anfall durch Auflösung von Sepoytruppen zu decken, ist nicht wieder einge-schlafen, sondern befindet sich vielmehr im Sta-dium vorbereitender Sondirungen. Wir haben daher Aussicht, von den Franzosen binnen absehb-barer Zeit noch um einen weiteren ansehnlichen Vorrang in der Kriegsbereitschaft überflügelt zu werden.

Dem Vernehmen nach ist der Gesetzent-wurf über die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Anordnung des Staatseisenbahnnetzes soweit gefördert, daß die königliche Genehmigung zur Einbringung der Vorlage an den Landtag eingebracht werden kann. Es ist anzunehmen, daß der Gesetzentwurf gleich nach den Osterferien das Abgeordnetenhaus beschäftigen wird.

In einem an sämtliche Provinzialschul-folgen gerichteten Erlaß hat der Kultusminister bestimmt, daß bei der Abschlußprüfung der vom Religionsunterrichte zeitweilig befreiten Schüler der Unter- und Mittelschulen die Prüfung in der Religion so vorzunehmen ist, wie bei den Abiturientenprüfungen dispensirter Schüler. Danach haben also die-jeligen Schüler, welchen die Dispensation zuge-fallen ist, auch in Religion den allgemeinen An-forderungen zu genügen.

Der Bericht der Kommission des Abge-ordnetenhauses über das Kommunalsteuergesetz wird am Dienstag der künftigen Woche festgestellt werden und voraussichtlich noch vor den Oster-ferien an die Mitglieder des Hauses zur Ab-stimmung gelangen.

Ueber deutsche Eisenbahn-Unternehmungen in Kleinasien wird der „Post“ von befreundeter Seite geschrieben:

Der Gesellschaft der Ottomanischen Eisenbah-nen in Anatolien, die bereits seit dem Jahre 1888 eine Bahn von Samat-Angara (486 Kilo-meter) fertig gestellt und dem Betriebe übergeben hat, ist neuerdings von dem Sultan die Konzession zum Bau und Betriebe mehrerer kleinasiatischen Eisenbahnen erteilt worden: 1. für die von der Bahn Samat-Angara abzweigende Linie Eski-gehir-Ronia (450 Kilometer), 2. für die Linie Angara-Sakara (410 Kilometer). Die neuen Bahnliesen in Kleinasien werden voraussichtlich ein vorzügliches Feld zur Betätigung deutschen Unternehmungsgutes und deutschen Handels bie-ten, umso mehr als die schnelle und gute Ausfü-hrung der bereits fertigen Bahn nach Angara der türkischen Regierung und dem türkischen Publikum die technische, administrative und finanzielle Leis-tungsfähigkeit der deutschen Unternehmer in das beste Licht gestellt hat. Der kaiserliche Gesellschaft ist es natürlich sehr darum zu thun, das seitens der türkischen Regierung in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und durch tadellose Ausführung der ihr übertragenen Arbeit das Ansehen der deut-schen Leistungen auch künftig hoch zu halten. Deshalb findet die Gesellschaft einen hervorragenden tüchtigen deutschen höheren Eisenbahnbeamten nach Kleinasien, dem die Aufgabe gestellt ist, die vor-liegenden Entwürfe zu prüfen, und in Gemein-schaft mit den leitenden Beamten der Gesell-schaft behufs baldiger Einholung der Genehmi-gung der türkischen Regierung festzustellen. Dieser Sachmann ist der künftige Eisenbahn-Direktor Madensen in Bromberg, in weiteren technischen Arbeiten bekannt durch seine schriftstellerischen Arbeiten über Eisenbahn-Bearbeiten und Tunnelbau, sowie auch durch seine grundlegende Mitarbeit an dem ersten Entwurf für eine elektrische Untergrundbahn in Berlin.

Der preussische Minister der öffentlichen Ar-beiten, Herr Bielen, verdient in hohem Maße den Dank aller betheiligten Kreise dafür, daß er in so einflussvoller Weise, einem Wunsch der Gesell-schaft entsprechend, dem Herrn Madensen, obwohl derselbe zur Zeit von seiner Bromberger Behörde sehr ungerne entbehrt wird, durch Gewährung eines mehrmonatlichen Urlaubes die Vornahme seiner bedeutsamen anatolischen Aufgabe ermöglicht hat. Herr Madensen wird seine orientalische Reise zu Ostern antreten. Wir bemerken noch, daß auch die Leitung des 1263 Kilometer langen Eisenbahnnetzes in der europäischen Türkei und in Osttrunien in deutsche und österreichische Hände übergegangen ist, und daß der Bau einer Bahn Salonik-Monastir (219 Kilometer) von deut-scher Seite übernommen wird. Für die deutschen Unternehmer wird es eine Ehrenfrage sein, die über-nommenen Verpflichtungen, wie bisher gegeben, auch künftig nach jeder Richtung zur Zufriedenheit ihrer Auftraggeber zu erfüllen. Zweifellos wird dadurch das Ansehen der deutschen Nation in den Augen der türkischen Bevölkerung eine nicht zu unterschätzende Stärkung erfahren.

Japan, 25. März. In Folge starken Nebels wurde der der Schiffsabreis-Ausgangsgesellschaft ge-hörige Dampfer „Arcturion“ bei Hela von dem Schicksal der Mannschaft ist noch nichts bekannt.

Kiel, 25. März. Der Kreuzer „Seeadler“ ist heute nach Hauptstadt in See gegangen. Die Kreuzerflotte, Kaiserin Augusta“ folgt dem-selben bald.

Nauensburg, 25. März. (Amtliches Wahl-protokoll.) Bei der Reichstags-Wahlwahl am 17. hundertberghischen Wahlkreise wurde Rechtsan-walt Rembold in Nauensburg (Zentrum) mit 11566 von 18420 abgegebenen Stimmen gewählt.

Oesterreich-Ungarn. Eger, 25. März. Ein aus Chemnitz hier eingetroffener französischer Geheimpolizist fahndete gestern mit Unterstützung der hiesigen Gendar-merie in der hiesigen und der Marienbader Um-gebung auf Arton, welcher sich hier aufhalten soll. In Botenreich wurden angeblich französische Journalisten bemerkt.

Schweiz. Bern, 25. März. Der Nationalrath rati-fizierte den mit Rumänien abgeschlossenen Weis-tbegünstigungsvertrag und genehmigte einstimmig die vom Bundesrath Frankreich gegenüber ge-trommenen Maßnahmen. Bundesrath Kadenal er-läuterte, der Bundesrath werde dem Verhältnis von Genf, zu Hochsavoyen und dem Bais de Gex seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Frankreich. Paris, 25. März. Das „Journal des Debats“ will wissen, daß möglicherweise in kurzer Zeit noch ein zweiter deutscher Korrespondent aus-gewiesen werden würde.

Paris, 25. März. In der heutigen Sitzung des Ministerrathes unterzeichnete Carnot das Dekret betreffend die Umwandlung der französi-schen Gesandtschaft in Washington in eine Bot-

schaft. Der Kredit für die damit verknüpften Mehrausgaben wird, wie verlautet, in der heu-tigen Sitzung der Deputirtenkammer gefordert werden. Die Vereinigten Staaten werden dem-nächst ihre hiesige Gesandtschaft ebenfalls in eine Botschaft umwandeln.

Paris, 25. März. Das Duell zwischen den Schiffskapitänen Ceran und Fiele wird in einigen Tagen stattfinden und zwar in Belgien. Es sollen auf zwanzig Schritt vier Kugeln ge-wechelt werden.

Belgien.

Brüssel, 25. März. Heute Nacht herrscht im Brüsseler Justizpalaste ein gewaltiges Leben. Der größte Theil der Brüsseler Bürgergarde bath sich nach dem Justizpalaste begeben, um der Ent-scheidung in einer wichtigen militärischen Frage beizuwohnen. Der Minister des Innern als oberster Chef der Bürgergarde des Landes hatte im Einverständnis mit dem Kriegsminister ein neues Reglement für die Handhabung der Waffen in der Garde civique erlassen. Die drei Kapitäne der Brüsseler Bürgergarde, Van Calster, Michs und Desnerd lauten trotz des Verbotes des Chefs der Brüsseler Bürgergarde, des Gene-rals Steefs, sämtliche Offiziere der Bürgergarde zu einer Versammlung einzuladen, um die Jurisdiktion des Ministerialerlasses zu erwirken. General Steefs hatte sie sofort für diese Verlegung der militärischen Disziplin mit einem Tage Arrest bestraft, und gestern Abend 8 Uhr war der Diszi-plinarath der Bürgergarde im Justizpalaste zusammengetreten, um über diese Kapitäne das Urtheil zu sprechen. Der Staatsanwalt Kap-itän Minawie forderte für diese schwere Ver-letzung der militärischen Zucht die Ausstoßung der drei Kapitäne aus der Bürgergarde. Nachts um 12^{1/2} Uhr wurde das Urtheil dahin verkin-det, daß die Angeeschuldigten durch die Einbe-rufung der Versammlung die militärische Zucht nicht verletzt haben, wohl aber durch die Nicht-beachtung des Verbotes des Generals Steefs. In Folge dessen werden die Kapitäne Van Calster und Michs mit einem Verweise bestraft, Kapitan Desnerd wird freigesprochen. Das Urtheil wurde mit einem wahren Beifallssturm und Hurrah-geschrei aufgenommen, wiewohl ein seltsames Licht auf die Auffassung eines Gerichtshofes über die militärische Disziplin und auf die militä-rischen Verhältnisse Belgiens überhaupt.

Italien.

Neapel, 25. März. Der Hamburger Schnell-Dampfer „Fürst Bismarck“ ist heute Morgen 6^{1/2} Uhr wohlbehalten hier eingetroffen.

Spanien und Portugal. Madrid, 25. März. Wie verlautet, wird die Königin auf 2 Millionen ihrer Privatliste ver-zichtet. Andererseits verlautet noch, daß das Kabinett ebenfalls alle möglichen Ersparnisse zu machen versucht. Der Kriegsminister legte gestern dem Ministerrath ein Budget vor, in welchem er 7 Millionen Abstriche macht.

Großbritannien und Irland. London, 25. März. Unterhaus. Ein An-trag William Allens, in welchem die sofortige Gewährung mäßiger Diäten an die Mitglieder des Unterhauses befristet wird, wurde mit 276 gegen 221 Stimmen angenommen. Der Kanzler der Schatzkammer, Harcourt, unterstützte den An-trag und erklärte, er fasse das Wort „sofortig“ dahin auf, daß dem Antrage Folge gegeben werden solle, wenn die Zeit und das Geld, welche für Ausführung des Antrages erforderlich seien, der Regierung zur Verfügung ständen.

Luxemburg. 25. März. Der Staatsrath hat die Vorlage betreffend Zulassung der Eise-nbahnen endgültig aufnehmend erlassen, nicht aber diejenige der Konversion der Staatsanleihen, welche sonach erst nach dem Verlauf von drei Monaten zur definitiven Erledigung gelangen kann.

Rumänien. Bukarest, 24. März. Die Kammer genehmigte mit 74 gegen 14 Stimmen das Einnahme-Budget im Betrage von 189 610 500 Lei. Der Finanzminister widerlegte die Einwendungen des liberalen Stojan, welche derselbe gegen das auf 68 185 293 Lei besetzte Budget der öffentlichen Schuld erhoben hatte und betonte, daß sich die Zinsen der Annullität bei einer Erhöhung des Kapitals um 240 Millionen um nur 2 Mill. Lei höher stellen. Das Verhältnis zwischen der Höhe der Annullität und den Staatseinnahmen hätte sich von dem Zeitpunkt an, wo die Konversionen an das Ader gelangt seien, günstiger gestaltet. Der Minister setzt die Nothwendigkeit der vorerwähnten Anleihen auseinander, von denen einige sich durch die von der liberalen Majorität votirten Ausgaben nothwendig gemacht; die übrigen seien für Ar-beiten im öffentlichen Interesse bestimmt. Hieran wurde das Staatsbudget angenommen. Die Kammer schritt darauf zur Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern.

Amerika. Newhork, 25. März. Wie der „Newhork Herald“ aus Valparaiso meldet, ist der argen-tinische Konflikt in Porto Alegre auf Befehl des Gouverneurs der Provinz verbannt worden.

Washington, 25. März. Der Schatz-sekretär Carlisle erklärte gestern in einer Unter-redung mit dem Senator Teller, die Entsendung von Delegirten der Vereinigten Staaten zu der Fortsetzung der Münzkonferenz sei beschloffen. Die Senatoren Teller und Sherman würden wahrscheinlich aufgefordert werden, als Delegirte der Vereinigten Staaten an der Konferenz theil-zunehmen.

Das Wettfahren zwischen „Orford“ und „Cambridge“. London, 24. März.

Der Kampf ist zwar schon geschlagen und die Siegesnachrichten nach allen Himmelsrichtungen telegraphirt, indessen bleibt über diesen seltenen Sportkampf so viel zu sagen übrig, daß Ihre Leser auch noch „post festum“ für folgende De-tails dankbar sein werden.

Wenig den alten Griechen sind wir alle geehrt durch das Band unserer abtheilenden Spiele. — so schreibt der „Standard“ in den letzten Tagen.

Gewiß, es giebt verschiedene Formen, unter denen man den Griechen gleichen kann, und jedes Volk wählt die seine; die englischen Studenten wollen sich zu Alkenen machen, indem sie zu gleicher Zeit griechische Verse verfassen und mit passionirtem Eifer die Spiele kultiviren, welche

gehen, finden in der nächsten Sonntagsnummer Beantwortung. — 3. D. Die Nachsagung eines Konjesses ist erforderlich. Wenn Verfall auf Widerruf ertheilt ist, hat die Polizei das Recht, event. in gereiffen Zwischenfällen die Nachsagung der Proklamation zu verlangen. — D. R. S. 6. 1. Wenn Sie anstatt der Naturalisirung Geld erheben, so können Sie dagegen nichts einwenden. 2. Da eine Veräußerung des früheren Besitzers vorliegt, so haben Sie sich allein an diesen zu halten. — C. S. in S. 6. In den Vortritten, deren Spiel in Preußen verboten ist, gehört auch die größtentheils preussische Zeitrechnung. Ist das möglich?

[illegible]

Lohengrin.